

bestimmt von der Fortschrittsfeindlichkeit und der Zerstörung des Nationalbewußtseins.

In der westdeutschen Schule wird der heranwachsenden Generation die Bereitschaft anerzogen, sich rückhaltlos in den Dienst der aggressiven Ziele der imperialistischen Expansionspolitik zu stellen und dafür sogar ihr Leben zu opfern. Die herrschenden Kreise in Bonn, die die Atomrüstung mit allen Mitteln vorantreiben.

In der Bundesrepublik gibt es heute noch über 800 Einklassenschulen



Grafik: Zentralbild

verhindern, daß die junge Generation mit den wirklichen Lebensfragen unserer Nation vertraut gemacht wird.

Im Mittelpunkt der Erziehung an den Schulen zwischen Rhein und Elbe steht der Antikommunismus. Die antikommunistisch-revanchistische Durchdringung des Unterrichts erfolgt auf der Grundlage direkter staatlicher Anweisungen und Empfehlungen. So gibt es einen Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5. Juli 1962, betitelt „Richtlinie zur Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“. In dieser Richtlinie heißt es: „Die Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet, die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des

20. Jahrhunderts vertraut zu machen.“ Unter Punkt c dieser Richtlinie gibt es sogenannte methodische Hinweise. Dort heißt es: „Die Tatsache, daß die beiden Systeme einander bekämpft haben, darf nicht über ihre enge Verwandtschaft hinwegtäuschen.“

Eine solche Ungeheuerlichkeit wird der westdeutschen Jugend regierungsamtlich verordnet! Die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus ist der eigentliche Zweck des gesamten Geredes über den Totalitarismus.

Die heute in Westdeutschland zum Teil noch vorhandene gerechte Empörung gegen das faschistische System wird in geschickter Weise ausgenutzt, um damit gegen den Sozialismus Stimmung zu machen. Damit aber wird deutlich, daß die westdeutsche Schule der Marschrichtung der aggressiven monopolkapitalistischen Kräfte völlig untergeordnet wurde. Es wird offenbar, daß die gegenwärtig in Westdeutschland erfolgte juristische Fixierung eines politisch-militärischen Notstandes durch die Schaffung eines geistigen Notstandes systematisch vorbereitet wurde. Inwieweit dieses Ziel imperialistischer Schulpolitik der Bonner Machthaber erreicht ist, konnte „Neues Deutschland“ jüngst (10. August 1965) dokumentarisch nachweisen. Ein Sechzehnjähriger bekommt ein Maschinengewehr in die Hand — und schon reagiert er mit folgendem Gedanken: „Ich fühlte mich stark genug, notfalls ganz Rußland damit zu erobern.“

So wie die Macht der Monopole nur durch den gemeinsamen Kampf aller demokratischen und friedliebenden Kräfte zurückgedrängt und schließlich überwunden werden kann, so kann ein fortschrittliches Schulsystem in Westdeutschland nur entwickelt werden, wenn es von Grund auf demokratisiert, das heißt, wenn der Bildungs- und Erziehungsinhalt von revanchistisch-militaristischem Gift befreit wird und wenn für alle Kinder des Volkes eine hohe Bildung gesichert ist.

Der in unserem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem fixierte Stand und die damit gegebene Perspektive sind das Ergebnis eines solchen konsequenten Weges. Die Entwicklung der unerschöpflichen Kraft des Volkes, die ständige gegenseitige Bereicherung der Menschen auf der Grundlage unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Vervollkommnung sowohl der Fähigkeiten wie auch der Mittel zur materiellen und geistigen Aneignung der Welt, das heißt zu ihrer wahrhaft menschlichen Gestaltung — das ist das oberste Anliegen des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Darin liegt zugleich auch seine tiefe nationale Bedeutung!

Hermann Apel